

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : der Tod Ho Chi-Minhs
Autor: Moor, Emmy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141633>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Das Problem der chemischen und biologischen Kriegführung erregt den Abscheu der meisten Menschen; das derzeit vorhandene Potential ist zwar momentan noch begrenzt, könnte aber in Zukunft eine enorme und weltweite Gefahr darstellen. Aus beidem ergibt sich, dass ein aktives Handeln nicht nur geboten, sondern auch möglich ist. Diese Erkenntnis wollte unsere Konferenz vor allem vermitteln» (S. 213). Siehe auch den Hinweis auf die Londoner Konferenz in der vorliegenden Nummer der «Neuen Wege». Red.

Der Verbreitung dieser Erkenntnis soll auch die Londoner Konferenz vom 21. bis 23. November dieses Jahres dienen. Red.

Armando Córdova, Héctor Silva Michelena, Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. edition suhrkamp. Fr. 3.60. Frankfurt 1969.

Diese Studien über die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas sind eigentlich für Soziologen geschrieben. Doch auch der Laie findet darin ihm verständliches Material. Da die Verfasser selber Venezolaner sind, wird oft speziell auf Verhältnisse von Venezuela hingewiesen, das als Ölland ein hohes Pro-Kopf-Einkommen aufweist, aber trotzdem nicht zu den entwickelten Ländern gerechnet werden kann, da das Wachstum des Einkommens nicht als Resultat eines Entwicklungsprozesses der gesamten Volkswirtschaft betrachtet werden kann und ausserdem nach Erschöpfung des vorhandenen Naturproduktes krass zurückgehen wird. An diesem und ähnlichen Beispielen zeigt sich die Problematik des Pro-Kopf-Einkommens als Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

Neben eingehenden Definitionen von Begriffen wie *wirtschaftliche Struktur, ökonomisches System* u. a., neben differenzierten Unterscheidungen der Beschaffenheit verschiedener Entwicklungsländer findet der Laie auch Wegweiser zu einer sachlichen Beurteilung dessen, was in den Statistiken als private Entwicklungshilfe bezeichnet wird, sich aber zum grössten Teil auf privatwirtschaftliche Beiträge (Investitionen usw.) bezieht, die das Entwicklungsland meistens in wirtschaftliche und damit oft auch in politische Abhängigkeit vom Geberland führen. Gerade die Tageszeitungen, die wirtschaftlich am besten orientiert sind, stellen Investitionen in unterentwickelten Ländern gern als Hilfe dar (was sie in einem gewissen Sinne auch sind) und bezichtigen den kritischen Leser zum vornherein als mangelhaft informiert. Leser dieses Bändchens können diesem Mangel abhelfen und verfügen über vielfältiges Material, um sich von der Differenziertheit des Problems je nach den verschiedenen Boden-, Bevölkerungs- und Produktionsbedingungen Rechenschaft zu geben. B. W.

WELTRUNDSCHAU

ad interim

In der «Weltrundschau» lässt sich Dr. Hugo Kramer in seinem Wissensreichtum und seiner geistigen Autorität und Menschlichkeit nicht ersetzen. Jede – wenn auch nur vorläufige – Nachfolge kann nur übernehmen, wer sich der Subjektivität jeglichen Urteils, in erster Linie seines eigenen, bewusst ist. Andererseits muss freilich *eine* gemeinsame Voraussetzung vorhanden sein. Die Überzeugung nämlich, dass die Grundlage jeder seriösen Publizistik eine strenge Trennung zwischen der Information der

Fakten und Tatsachen und dem eigenen Kommentar ist. Nur dann kann das Geschriebene für den Leser den Wert der Wahrhaftigkeit erhalten.

Seit der letzten «Weltrundschau» Hugo Kramers haben uns in stürmischer Folge neue und neue Ereignisse überschwemmt, die nachhaltige Veränderungen und neue Unsicherheitsfaktoren in das politische Weltbild gebracht haben. Das wohl schmerzlichste Ereignis ist

der Tod Ho Chi-Minhs.

Er hat das Ende des Krieges, den Sieg und den Frieden, den Preis für den heroischen Widerstand seines Volkes und seines eigenen Lebens, nicht mehr erlebt. Aber er wusste doch darum. Waren sie doch in den Ereignissen der letzten Jahre und Monate seit langem vorgeschrieben. Und doch lag nicht nur das unausdenkliche Leiden seines Volkes als Schatten über seinem Leben, sondern ebenso die immer grösser und gefährlicher werdende Kluft zwischen den beiden mächtigsten kommunistischen Staaten, China und Sowjetunion, der beiden kommunistischen Länder, denen er sich am meisten verbunden fühlte. Diese folgenschwere Spaltung, die eine freiere und fortschrittlichere Entwicklung des Kommunismus um Jahre zurückgeworfen hat und zweifellos auch mitschuldig ist, dass das Experiment eines freiheitlichen Sozialismus in der Tschechoslowakei abgewürgt worden ist, und so überall in der Welt der Reaktion unverhofften Aufschwung gegeben hat – dies alles muss den grossen Revolutionär, den letzten der Grossen in der einstigen Komintern, aufs Tiefste geschmerzt und beunruhigt haben. Er hat dies in seinem Testament ja auch offen ausgesprochen. Es steht dort diesbezüglich: «Weil ich mein ganzes Leben der Sache der Weltrevolution gewidmet habe, quält es mich, zu sehen, welche Divergenzen die [Bruderparteien trennen. So ist es denn mein Wunsch, dass unsere Partei das Äusserste dazu beiträgt, die Einigkeit wieder herzustellen.»

Dieses Testament ist an seinem Begräbnis dem vietnamesischen Volk und den anwesenden kommunistischen Delegationen aus aller Welt vorgelesen worden. Ob das nachfolgende unerwartete kurze Zusammentreffen Kossygin und Tschu En-lais von diesem Wunsch des Toten beeinflusst war? Wer vermöchte dies zu sagen? Immerhin steht heute (7. Oktober) die ermutigende Nachricht in der Presse, dass Peking und Moskau beschlossen haben, ihre Grenzstreitigkeiten (die ohnehin wohl nur hochgespielte Vorwände für tiefere Differenzen sind), in Peking, am Verhandlungstisch, auszufechten. Vielleicht hat doch der Verlust dieses grossen sozialistischen Bau- meisters in Südostasien hüben und drüben das Bewusstsein wieder geweckt, für die ungeheure Verantwortung, die sie nicht nur für ihre eigenen riesigen Völker tragen, sondern auch für die Millionen in allen Kontinenten, die jeder weitere Rückschlag des Sozialismus in jene gefährliche Hoffnungslosigkeit und Lethargie hineintreibt, die für den Weltfrieden weit verhängnisvoller ist als jede kapitalistische Reaktion.

Wie ein grosser Prophet für eine andere und bessere Welt ist Ho Chi-Minh, dieser zarte kleine Mensch, in den zahllosen Stationen seines beweg-

ten Lebens dem Proletariat der Kolonialländer vorangegangen. Schon der Achtzehnjährige wird aus dem Gymnasium in Hue hinausgeworfen, um ihn für seinen Antikolonialismus zu bestrafen. Und er ist dieser seiner Berufung bis zu seinem Tode treu geblieben. Seine Kenner sagen, dass er lange vor dem späteren Che Guevara den «Dritten Sozialismus», den Sozialismus für das farbige Proletariat der Kolonialländer (den Verdammten dieser Erde, heute noch), geschaffen hat. Er hat ihn weit herum, auf seinen Schauplätzen hinausgetragen, und hat dabei die schlimmsten asiatischen Gefängnisse kennengelernt. Unmöglich hier diesen Lebensweg zu schildern, der ein halbes Jahrhundert revolutionärer Kämpfe umschliesst, in denen nationale Unabhängigkeit und menschliche Freiheit stets eine ebenso grosse Rolle spielten wie die soziale Revolution. Ausgegangen aus einer der ärmsten Provinzen Vietnams ist er Nationalist, Antimilitarist, Kommunist, Revolutionär, Agitator, Organisator, Staatsmann und ein unvergleichlicher Menschenführer geworden. Er hatte sich die traditionelle Bildung seines Landes erworben, besass die klassische Bildung der Chinesen und soll ein Künstler in der Kalligraphie der chinesischen Schrift gewesen sein, war aber auch verbunden mit der französischen Kultur und hat doch vielfach sein Leben als Büffeltreiber, Schiffsboy und Taucher verdienen müssen. Er wurde aber auch der Herausgeber, Redaktor und Karikaturist der ersten südostasiatischen linkspatriotischen Zeitschrift «Der Paria». Denn er kannte diesen ärmsten aller armen Proletarier ja von Grund aus aus den Slums von Hongkong, Shanghai, Boston, London und Paris. In den zwanziger Jahren ging er, nachdem er in Frankreich Kommunist geworden war, nach der Sowjetunion, um den Marxismus-Leninismus zu studieren. 1936 folgte er dann Borodin, als Vertreter der Komintern, nach China. Nach dem Verrat Tschang Kai-scheks sollte er dort bald die Gefängnisse kennenlernen. Im Untergrund gründet er mit exilierten Vietnamesen die «Partei der Jugend», in Thailand «Lao Dong» (Partei der Arbeit). Für eine Hungerrevolte wird er von der französischen Kolonialmacht in seinem Lande auch einmal in contumaciam zum Tode verurteilt. Im Zweiten Weltkrieg nimmt er teil an den Kämpfen gegen die Japaner und die Vichy-Armee. Und vier Tage nach der Kapitulation Japans gibt er den Befehl zum Aufstand im damaligen Indochina. Und am 2. September 1945 proklamiert er die Republik. Der spätere Rückschlag, der lange schmutzige Krieg, den die neu erstarkte französische Kolonialmacht in Indochina bis zu ihrer Katastrophe in Dien-Bien-Phu führte, das geteilte Vietnam nach dem Genfer Abkommen, und seit Jahr und Tag nun der Ausrottungsfeldzug durch die USA, in dem sich die grösste Militärmacht der Welt am Heldennut eines kleinen asiatischen Volkes die Zähne ausbeisst, all das ist bekannt. (Viele unserer Einzelheiten haben wir den Publikationen der persönlichen Kenner Ho Chi-Minhs entnommen, dem französischen Historiker Jean Lacouture, den Würdigungen in «Jeune Afrique» und der kubanischen Zeitschrift «Granma», die auch eine Reihe der Verse veröffentlicht hat, die Ho Chi-Minh in seinen Gefängnisjahren geschrieben hat.) Hat er doch als Revolutionär und Patriot einundzwanzigmal in Gefängnissen gesessen,

in denen er auch Folterungen kennenlernte. Aber es gibt keinen Personenkult um Ho Chi-Minh. Er ist geliebt und verehrt. Aber er wird nicht angebetet. – Schon zu Beginn seiner Kämpfe um die Befreiung seines Landes hat er sich hervorragende Mitkämpfer und Nachfolger herangebildet, als da sind Pham Van Dong, Nguyen Van Giap, Truong Chinh, Le Duan und andere mehr, die jetzt mit dem Volk sein Werk weiterführen.

Nehmen wir Abschied mit einem seiner Verse, die «Granma» in ihren beiden wundervollen Abschiedsnummern für Ho Chi-Minh von ihm veröffentlicht hat:

«Des nuages, des monts. Des monts et des nuages
Un fleuve en bas miroite. Et rien ne le ternit,
Seul, le cœur palpitant, sur Si Fong Ling je marche
Le regard vers le Sud, la pensée aux amis.»

In der Tschechoslowakei nimmt das Unheil seinen Lauf. Dubcek, Smrkowski und Genossen sind vom neuen Parteikongress ihrer Posten verlustig erklärt worden. Als Sündenböcke für das, was am 21. August 1968 und seither über die Tschechoslowakei hereingebrochen ist. Wieder einmal werden Wahrheit und Lüge auf den Kopf gestellt. Der Prager Frühling ist tot. Schlimmer noch, es wird bereits zur systematischen Denunziation aufgerufen. Das geht aus dem anfangs dieses Monats bekanntgewordenen Rundschreiben des jetzigen tschechischen Erziehungsministers Hrbeck hervor, das an alle Rektoren der höheren Schulen gegangen ist, in dem ihnen ein Rapport über alle von ihren Lehrkräften und Studenten gemachten «antisozialistischen» und «antisowjetischen» Äusserungen abverlangt wird. Bei der Presse, im Radio und Fernsehen hat man das mit Entlassungen, mit Existenzverlust gemacht. In den Betrieben sind Säuberungen weniger auffällig. Ob man auch da zum systematischen Denunziationsbefehl greifen wird? Es ist unmöglich, über diese Dinge zu schweigen. Hier geht es für jeden Sozialisten um die Frage der Integrität seines Standpunktes. Längst haben die neuen Diktaturbestrebungen in der Sowjetunion, in Polen, in der DDR und anderen Ostblockstaaten bewiesen, wie die Maxime, wonach der Zweck die Mittel heilige, Zweck und Ziel mehr schadet als alle angeblich «gefährlichen Freiheiten» ihnen je geschadet haben. Der ungeheure Vertrauensverlust, den der Sozialismus als Verwirklichung in der Welt erfahren hat, seit die Tanks über Nacht das Brudervolk überfallen haben, das haben sich die Machthaber zu spät überlegt. Und die Art und Weise, wie sie ihn heute ins Gegenteil umkehren wollen, ist nur ein um so peinlicherer Skandal. Wenn es etwas gibt, was in den kommunistischen Staaten, und vor allem in der Sowjetunion, unsere Anerkennung und Bewunderung verdient – ihr grandioser wirtschaftlicher Aufbau nach den ungeheuren Zerstörungen des Hitlerkrieges und der vielfachen Millionenverluste an Menschen, ihr Bildungswesen und ihr Gesundheitsdienst, um die sie jedes Land beneiden kann, ihre wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, kurz dieses ganze Fundament zur Menschwerdung ihrer Völker, sie schlägt ihm die Krone ab, wenn sie die Menschen selbst um ihre Würde

bringt, indem sie ihnen ihre freie geistige Entwicklung nimmt, ja schlimmer noch, sie zu feigen Heuchlern, zu Denunzianten und Spionen erziehen und erniedrigen will.

Wenn es doch noch eine Rehabilitierung für den Kommunismus gibt, die uns noch Mut machen kann, und die wir auch immer wieder ermutigen müssen, so die Tatsache, dass es neben den vielen Jasagern auch viele Neinsager unter den Kommunisten selber gibt. So hat Dubcek sich geweigert, die verlangte Gehirnwäsche zu vollziehen und ein lügenhaftes Schuldbekennntnis abzulegen. Werden die Rektoren sich ebenso weigern, zu Denunzianten zu werden? Und wenn ja, wird man die im ministeriellen Schreiben bereits angekündigten Massnahmen dann ebenfalls folgen lassen? Und wenn ja, worin werde diese Massnahmen bestehen? Präsident Husak hat zwar vor seiner Abreise zu den grossen 20-Jahres-DDR-Feierlichkeiten in Berlin erklärt, dass man Dubcek nicht vor Gericht stellen werde. Nicht nur die italienischen Kommunisten haben diese neuerliche, von einer staatlichen Regierungsstelle aus diktierte systematische Angeberei offen gebrandmarkt. Am rücksichtslosesten aber hat es sicher für uns alle *Louis Aragon*, als Chefredaktor in seiner kommunistischen Zeitschrift «Les Lettres françaises» getan. (Ich zitiere nach «Le Monde» vom 8. Oktober): Es gebe da nur zwei Möglichkeiten, diesem Rundschreiben gegenüber, «entweder ist es eine Fälschung, und warum wartet man in diesem Falle, es als eine solche zu verkünden? Oder, wenn es unglücklicherweise eine Tatsache ist, so scheint es mir nicht möglich, dass ein Franzose sie ohne etwas zu sagen akzeptieren kann... Die Instaurierung in einem sozialistischen Land der systematischen Angeberei als nationale Pflicht, bringt, wie man weiss, die offizielle Denunziation alles dessen, was das ganze Land vom August 1968 bis heute gedacht, gefühlt und verteidigt hat. Und ganz besonders bedeutet es eine Sanktionierung dessen, was man bereits nur noch als ‚Eintritt‘ der Warschaupakt-Truppen in die Tschechoslowakei bezeichnen darf. Ich gehöre zu einer Partei, die zur fraglichen Zeit diesen ‚Eintritt‘ als einen Akt verurteilt hat, der die Zukunft des Sozialismus in der ganzen Welt gefährden kann». Und er fährt fort, dass diese Instaurierung systematischer Angeberei in seinen Augen «noch schlimmer ist, als die militärischen Operationen im August 1968», obwohl sie ohne diese nie möglich gewesen wäre und auch nur ihre logische Folge sei, auch wenn man dem Dokument den Schein nationaler Autorität gegeben habe. Es engagiert denn auch die wirklich Verantwortlichen mehr, als seine getreuen Vollstrecker. Bedeute es doch «einen Schlag, der tödlich sein kann für die proletarische Internationale, für das Vertrauen der Völker in den Sozialismus und auch für die ohnehin schon gefährdete Sammlung der demokratischen Kräfte in Frankreich».

Und wo wäre diese notwendiger als eben jetzt in *Frankreich*, das sich in einer schweren sozialen und finanziellen Krise befindet. Einerseits weil ein Grossteil der Bevölkerung in Stadt und Land noch mit den untersten Existenzminima auskommen muss und die letztjährigen Lohnerhöhungen

von den steigenden Preisen bereits verschluckt worden sind, während gleichzeitig Kapitalflucht und Währungsspekulation dem Lande Milliarden entziehen, die Wohnungsmisere verewigt wird, und Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gegenüber den ständigen Temposteigerungen in den rationalisierten Grossbetrieben nicht Schritt halten, und gleichzeitig die ermüdenden Arbeitswege immer länger und schwieriger werden – alles das lässt bei der Basis der grossen Massen die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft wachsen. Indessen ist angesichts dieser sozialen und finanziellen Schwierigkeiten im Parlament der monolithische Block der gaullistischen Mehrheit bereits in Stücke zerschellt. Der Traum einer übermächtigen gaullistischen Herrschaft von Parlament und Regierung ist unter der Macht der seit langem ungelöst gebliebenen Probleme rasch zu Ende gegangen. Es gab nur einen kurzen Sommer für den Nachgaullismus.

Nicht anders ist *die Lage in Italien*, das angesichts seiner rotierenden Streiks nach wie vor noch keine stabile Regierung besitzt. Sie kann auch nicht gefunden werden, solange die Christlichsoziale Mehrheitspartei mit ihrem mächtigen rechten Flügel die Gesetze sabotiert, die die Allmacht der gut verdienenden Monopolbetriebe im Interesse der Allgemeinheit beschneiden sollten. Auch die Lage der schlecht verdienenden Staatsangestellten und das Problem des wirtschaftlich unterentwickelten Südens werden erst lösbar werden, wenn eine Einigkeit der Arbeiterklasse zustandekommt und die *ganze* Linke, mit der mächtigen Kommunistischen Partei Italiens in *einer* Front zusammensteht. Das fleissige, mit so vielen liebenswerten menschlichen Eigenschaften ausgestattete italienische Volk ist daran, langsam seine grosse Geduld zu verlieren.

Der Wahlausgang in *Westdeutschland* hat für das Bundesparlament und die kommende Bundesregierung die zweifellos bestmögliche Wendung in der Staatsführung gebracht. Wenn es für die Fragwürdigkeit und Brüchigkeit der Grossen Koalition der letzten Legislaturperiode noch der Beweise gebraucht hätte, so haben der grosse Koalitionspartner und sein Bundeskanzler Kiesinger an der Spitze, das Menschenmögliche dargeboten, wie weit man fürs Wahlgeschäft nicht nur von jeglicher Partnerschaft, sondern auch von jedem politischen Anstand und aller christlichen Wahrheitsliebe abrutschen kann. Und nach dem Wahlausgang ist es bekanntlich noch schöner geworden. Um als Regierungspartei und Bundeskanzler den Platz nicht an die Sozialdemokraten abgeben zu müssen, mussten die schlimmsten Diffamierungsmanöver herhalten und sollten von CDU-Leuten Fraktionsmitglieder der FDP sogar für ihre Ablehnung einer Koalition mit den Sozialdemokraten gekauft werden! Nun, die FDP ist auf dieses Bestechungsmanöver nicht eingegangen. Nach 39 Jahren zum ersten Male wird es in Westdeutschland (mit FDP-Assistenz) wieder eine neue sozialdemokratische Regierung und in Willy Brandt einen sozialdemokratischen Bundeskanzler geben. Der Abgang der CDU-Regierungsphase ist nicht in Schönheit vor sich gegangen. Schlechter Verlierer zu sein ist von jeher ein Zeichen staatsmännischen Versagens gewesen. Man darf mit Fug und Recht eine politische Wende in der westdeutschen Aussen- und Innen-

politik erwarten. So hat Brandt gerade die so nötigen Reformen in der Innenpolitik in Aussicht gestellt, die das beste Mittel sein können, den Neonazis das Wasser abzugraben. Dass man jedoch auch in der Aussenpolitik vom neuen Kanzler eine ehrliche «Öffnung nach Osten» erwarten darf, hat bereits seine Haltung in den letzten Monaten erkennen lassen. Dass da freilich die FDP-Partner, gerade was eine saubere Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze anbelangt, stark hemmend am Werk sein werden, muss vorausgesetzt werden. Wohl haben Heinemann und Brandt am Fernsehen von einer Versöhnung mit Polen gesprochen, aber eine ausdrückliche Anerkennung der heutigen Grenze kam dabei nicht zur Sprache.

Eine neue bessere Ära ist rascher mit der DDR zu erwarten. Der Sozialdemokrat Brandt bringt dafür offenbar eine erste Voraussetzung mit, indem er nicht, wie der CDU-Kanzler Kiesinger in politischer auf Sturheit auf einem *Alleinanspruch Westdeutschlands* in der Vertretung beider Staaten beharrt. Was eben de facto bereits besteht, muss de jure Wirklichkeit werden, soll es in Europa zu einer wirklichen Friedensordnung kommen. Es wird dies von beiden Seiten Entgegenkommen und ehrlichen Willen erfordern, um die Berge gegenseitigen Misstrauens abzutragen. Ein Wille dazu scheint auch in der DDR und bei den Russen vorhanden. Hat zwar an der imposanten Gedenkfeier zum 20jährigen Bestehen der DDR Staats- und Parteichef Ulbricht erneut ausdrücklich erklärt, dass nur auf der Basis gleichberechtigter souveräner Staaten verhandelt werden könne, so ist doch in seiner und in Breschnews Rede der westdeutsche Wahlausgang und seine Wende in der Regierung als gutes Vorzeichen für die kommende politische Entwicklung Westdeutschlands anerkannt worden. Beide Teile und die ganze Welt werden nur zu gewinnen haben, wenn sich die zwei deutschen Staaten und Polen zu einem festen, ehrlichen Friedensabkommen, auf der Basis der heutigen realen Grenzen, zusammenfinden können. Man wird auch erwarten dürfen, dass die neue Regierung der SPD/FDP endlich den Atomsperrvertrag unterzeichnen und unmissverständlich Verzicht auf Atommachtaspirationen leisten wird. Das würde ihr auch die Anhängerschaft ihrer Jugend bringen helfen.

Auch *China* und *Kuba* haben in diesen Wochen ihre Gründungsfeiern als sozialistische Staaten mit ihren Völkern und Freunden begangen. Kuba, seinem Charakter entsprechend, mehr als grosses Volksfest; China, in erfolgreicher Konkurrenz zur Sowjetunion, im Weltmachtformat. Aber selbst wer nur ihre Zeitungen und Bilder sieht, erkennt daraus, dass da an beiden Orten die Volksmassen nicht Statisterie, sondern – trotz den immensen Ehrentribünen (Peking) – die Hauptakteure sind. Die Hauptakteure, weil ihre fluthafte Überzahl, gerade auch der Jugend, eine lebende Zukunft darstellt, deren gewaltigen Fluss keine Einzelwesen für alle Zeiten in ihrem Lauf dirigieren können. Wie das Leben selber, das fließt, so liegen auch die Geschicke der Generationen in neuen und immer neuen Händen. Und das ist vielleicht, wenn die Erde dem Atomtod entgehen kann, unser aller Hoffnung gegenüber dem Meer an Gewalttaten in unserer Zeit.

Die Wiederkehr des 100. Geburtstages Mahatma Gandhis am 2. Oktober ist in *Indien* am innigsten wohl nur von jenen ärmsten, elenden Massen gefeiert worden, die er, als die Letzten und Rechtlosesten, aus ihrem Paria-dasein hatte erlösen wollen: den «Unberührbaren» im indischen Kastenwesen. Aber obwohl dieses Kastenwesen offiziell abgeschafft wurde, ist es doch bis heute im indischen Menschenmeer unausrottbar geblieben. Die «Unberührbaren» sind Parias geblieben, mit all dem unvorstellbaren lebenslangen Makel und Elendsdasein, das für diese Massen damit verbunden ist. Dennoch sind in Indien gerade in den letzten Wochen zwei für das Land wichtige Fortschritte zustande gekommen. So ist es der Ministerpräsidentin Indira Gandhi, mit Hilfe des linken Flügels der Kongresspartei gegen deren mächtigen monopolkapitalistisch eingestellten Rechtsflügel, gelungen, zwei mutige Massnahmen durchzusetzen, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Indiens bedeutsam sind. So ist mit der Entlassung des Finanzministers Desai, ein Vertrauensmann jener Rechten, und dessen Rücktritt aus dem Kabinett, die Bahn frei geworden für die Verstaatlichung der 14 grössten indischen Banken. Und diese Politik einer sozialen Wirtschaftsreform hat nun auch noch die Stützung erfahren, dass bei den Präsidentenwahlen nicht der Kandidat der mächtigen Rechten, Reddi, den Sieg davongetragen hat, sondern der von Indira Gandhi und dem linken Parteiflügel portierte demokratische Kandidat *Giri*. Zum ersten Male seit Jahren sind damit die linksdemokratischen Kreise gegen die Reaktion wieder zum Zuge gekommen. Ob dies über kurz oder lang zu einer Sprengung der Kongresspartei führen wird, oder ob der Sieg seine erhofften Früchte trägt und Indien aus der Stagnation in seinen immensen Aufgaben, vor allem im Agrarsektor hinausführen wird, kann nur die Zukunft lehren.

Sind es im Sicherheitsrat, ausser den Ostblockstaaten, namentlich die in ihrer Unabhängigkeit noch jungen *afrikanischen Staaten*, die gegen die Diktaturen und kolonialen Unterdrückungen in Südafrika, Rhodesien und den portugiesischen Kolonien immer wieder mehr und weniger erfolglose Vorstösse unternehmen, sind es im Europarat namentlich ein Häuflein unentwegter europäischer Parlamentarier, die sich immer wieder gegen das weitere Verbleiben Griechenlands im Europarat einsetzen, solange dort das unmenschliche Diktaturregime am Ruder bleibt. Untersuchungsbericht und Zeugenaussagen sind längst vorhanden, aber in der juristisch gültigen Form noch nicht abgeschlossen. Warum soll ein ganzes Netz juristischer Klauseln es nicht erlauben, dass die Hohe Behörde des Europarates wenigstens nächsten Dezember endlich den seit Jahr und Tag fälligen Beschluss fassen muss. Langsam wächst sich diese ganze Prozedur juristischer Paragraphenzäune zugunsten der Junta, und zum Nachteil aller wehrlosen Gefangenen in den schaurigen Lagern und Folterzellen zu einem europäischen Skandal aus. Statt, dass endlich im Dezember der längst fällige Ausschluss zur Abstimmung gebracht werden könnte, soll nun erneut ein halbes Jahr vergehen, bis es soweit ist. Und wer weiss, was für eine neue juristische Sperrklausel man bis dahin in Athen oder in Strassburg gefunden

haben wird. Es fehlt nur noch eine Europarat-Goodwilltour, wie sie die amerikanische Mittelmeerflotte mit ihrem Admiral den Herren Obersten als Ehrengäste seinerzeit erwiesen hat. Was muss im Innern der unglücklichen Männer, Frauen und jungen Leute vorgehen, die man nachts, ohne Anklage, aus ihren Betten holen und in einem Kerker verschwinden lassen kann, wenn sie unserer vorsichtigen juristischen Raffinements gedenken.

Einmal wird man auch dem Nah-Ost-Konflikt offen, ohne falsche Scheuklappen, begegnen müssen. Denn allmählich muss es beiden Seiten und allen nahen und fernen Zuschauern klar geworden sein, dass sich da zwei Partner mit ganz verwandten Ansprüchen gegenüberstehen. Partner, für die ein gegenseitiges ehrliches Aushandeln eines Modus vivendi viel näher liegen würde als wenn sich – einmal angenommen! – der Weltzionismus und eine Islam-Gipfelkonferenz zu einer spektakulären Friedenskonferenz versammeln würden. Völker, die um Heim und Boden kämpfen, geraten immer in eine falsche Position, wenn sie eine religiöse Sendung aus ihrem Kampf machen wollen.

Wer heute nach Nordirland sieht, lässt sich in dieser Hinsicht nicht einen Augenblick irre führen. So lange Kirche und Staat in einem Lande nicht getrennt sind, verfälschen sich beide, die Kirche und der Staat. Stellen wir uns einmal vor, man würde für eine Nah-Ost-Friedenskonferenz alle Oberpriester und alle Generäle zu Hause lassen, und es sässen sich nur die beiden grossen Parteien gegenüber, für die das heutige Israel und das heutige Palästina ihre Heimat ist: die Israeli und die Palästinenser, die Sabras und die Fedayin. Sie waren beide Seiten einmal Guerillas, beide Seiten einmal Terroristen. Die einen 1947–48, die anderen 1968–69. Beide sind hier zu Hause. Und beide wissen es. Beide kämpfen darum. Müssten sie sich nicht besser verstehen, als die Herren Generäle, als die Oberpriester, als die Herren Diplomaten in New York oder London oder Brüssel? Sie wissen beidseitig sehr wohl, was der andere gelitten, um was er gekämpft, wofür er zum Terror gegriffen hat. Jeder weiss vom andern, wie man sich hier zu Hause fühlt, wie kein anderer das verstehen kann. Welcher hätte nicht schon wider Willen den Mut des andern bewundern müssen, sich sagen müssen: an deiner Stelle würde ich gerade so kämpfen. Wie viele Häuser, Menschen wird man noch in die Luft sprengen, wie viele «Feinde» noch niederkartätschen, bis sich diese allein wirklich Beteiligten und Betroffenen darauf besinnen, dass *sie* und niemand anders sich zusammensetzen und auf einen gemeinsamen Nenner kommen müssen; bis sie merken, wie ähnlich sie sich sind. Wie viele gemeinsame Probleme, gemeinsame Aufgaben und gleiche Sehnsucht sie haben, nach Jungsein, nach Lachen, nach Sorglosigkeit, die sie vergeblich in sich vergraben haben.

Ja, wann, wann wird man dies einmal überdenken? Hass, Angst, und die Schablonen von gestern und vorgestern wegfegen, reinen Tisch machen; anfangen, selber anfangen Frieden zu machen?

Emmy Moor

Die nächste Weltrundschau soll der Dritten Welt gewidmet sein.